

Bürgerschaftliches Engagement – Bedingung der Möglichkeit einer zukunftsfähigen Gesellschaft

P.-St. Roß, Stuttgart

Bürgerschaftliches Engagement ist derzeit in aller Munde: „Jugendbegleiter“, „Pflegebegleiter“, „Senior-Experte“, „Job-Pate“ – kaum eine Woche vergeht, in der (insbesondere seitens der Politik) nicht ein neues Betätigungsfeld für Freiwillige aufgerissen und beworben wird!

(1)

Dieser rhetorische Boom hat ohne Frage *auch* mit finanziellen Aspekten zu tun: Die finanziell schwierige Situation der öffentlichen Kassen, aber auch der z.B. der Wohlfahrtsverbände trägt wesentlich dazu bei, dass das freiwillige Engagement Konjunktur hat!

Diese neue Wertschätzung hat aber keineswegs *nur* mit finanziellen Aspekten zu tun. Im Kern geht es um etwas noch sehr viel Grundsätzlicheres: nämlich um die Grenzen dessen, was der Staat, aber auch was der Markt oder die großen gesellschaftlichen Organisationen jeweils für sich leisten können. Zugespitzt formuliert: Auch wenn dem Staat die doppelte Etatsumme zur Verfügung stünde, als dies momentan der Fall ist, würde freiwilliges Engagement nicht einen Deut weniger wichtig! Warum?

Unsere Gesellschaft steht heute und in nächster Zukunft vor eine Reihe von großen Herausforderungen: Gestaltung des demografischen Wandels; Betreuung von Kindern; Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen; Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern; nachhaltige Entwicklung im Dreieck von ökonomischen, sozialen und ökologischen Fragen; Unterstützung pflegebedürftiger Menschen; Neubewertung von Arbeit; Teilhabe von Menschen mit Behinderungen usw. Meine These: Keine dieser Aufgaben wird allein von den Betroffenen selbst (auf dem Wege der Selbsthilfe) zu lösen sein, noch allein vom Staat (mit Gesetzen oder Finanzmitteln) oder allein durch den Markt (nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage). Vielmehr werden sich die genannten Herausforderungen nur befriedigend gestalten lassen, wenn es Menschen gibt, die bereit sind, aus dem Bereich ihres Privatlebens herauszutreten und sich gemeinsam mit anderen versuchen, einen Beitrag zu einem gelingenderen Leben in ihrer Stadt, ihrem Dorf, ihrem Quartier zu leisten – sprich: sich bürgerschaftlich engagieren.

Das mag kompliziert und abstrakt klingen, ist aber sehr konkret. Bürgerschaftliches Engagement, das heißt: immer wieder aus den vier Wänden der eigenen Privatheit von Beruf, Freizeit, Familie und Freundeskreis herauszutreten, sich mit offenen Augen auf einen Rundgang durch die Gassen und Straßen des Wohnquartiers, des Dorfes oder der Stadt zu machen und zu schauen, wie es um den Ort, an dem ich lebe, v.a. um die Menschen, die hier leben, bestellt ist. Bürgerschaftliches Engagement, heißt: sich dann auf den öffentlichen Marktplatz zu begeben, wo über das, was anliegt, und darüber, was zu tun ist, diskutiert und durchaus

gestritten wird. Bürgerschaftliches Engagement heißt, sich mit den eigenen Wahrnehmungen, aber auch den eigenen Werten in diese Debatten einzumischen. Bürgerschaftliches Engagement heißt, die o.g. Herausforderungen (die sich noch um viele andere ergänzen ließen) als Herausforderungen zu verstehen, die nur von der Gesellschaft insgesamt bewältigt werden können. Und bürgerschaftliches Engagement heißt, dazu auch einen aktiven Beitrag zu leisten – an welcher Stelle und in welchem Umfang auch immer.¹

Ohne bürgerschaftliche Selbstorganisation und bürgerschaftliches Engagement keine zukunftsfähige und v.a. lebenswerte Gesellschaft – dass ist ein *Kernaspekt* der Idee der Bürgergesellschaft. Aber es ist auch nur *ein* Aspekt.

(2)

Wenn von „Bürgergesellschaft“ und „bürgerschaftlichem Engagement“ die Rede ist, geht es – neben der Initiative der BürgerInnen - auch darum, dass alle Teilbereiche von Gesellschaft Engagement ermöglichen: dass also der Staat, die Wirtschaft und die großen Verbände bzw. Organisationen so handeln, dass bürgerschaftliche Eigeninitiative und Mitbestimmung nicht nur nicht behindert, sondern aktiv ermöglicht und gefördert werden. Die Bürgergesellschaft ist also nicht nur ein Projekt der Bürgerinnen und Bürger (die im o.g. Sinne über ihren Privatbereich hinaus aktiv bleiben oder werden sollen), sondern auch des Staates, der Wirtschaft und der Verbände, die ihr Selbstverständnis, ihre Rollen und ihr Handeln neu gestalten müssen.

Alltägliche Erfahrungen und zeigen es und wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen:

- Der Staat gerät in immer mehr wichtigen gesellschaftlichen Fragen mit seinen Mitteln an Grenzen. Dabei geht es neben finanziellen Aspekten um sehr grundsätzliche Grenzen: In einer vielfältigen demokratischen Gesellschaft wie der unseren können ein Zusammenleben verschiedener Generationen, Fairness zwischen Männern und Frauen, Dialog zwischen Kulturen usw. durch Gesetze, Verwaltungsvorschriften und finanzielle Zuschüsse zwar unterstützt, nicht aber erzwungen werden.
- Angesichts dieser Grenzen staatlicher Möglichkeiten hat man in den vergangenen Jahren gerade auch im Sozialbereich verstärkt auf den Markt gesetzt. „Kundenorientierung“ hat viele positive Aspekte. Aber auch hier wurden Grenzen deutlich: soziale Hilfen sind nur bedingt als „Produkte“ darzustellen, die auf einem freien Markt angeboten und eingekauft werden.

Lange glaubte man, der Staat könne mit seinen Interventionen und Reformen die „gute Gesellschaft“ erreichen. In den letzten Jahren vertraute man der „unsichtbaren Hand“ des Marktes. Wo nun beide an ihre Grenzen kommen (und mit ihnen die großen Wohlfahrtsverbände, die oft irgendwie zwischen Staat und Markt stehen), wäre es der dritte Trugschluss, die BürgerInnen mit ihrem freiwilligen Engagement könnten es richten. Eine solche Rechnung kann aus zwei Gründen nicht aufgehen:

- Erstens ist freiwilliges Engagement nun einmal freiwillig! Es lässt sich nicht herkommandieren und beliebig einplanen. Und wo solches doch versucht wird, verschwinden engagementbereite Menschen sehr schnell wieder.

- Zweitens zeigen alle unsere Untersuchungen, dass freiwilliges Engagement zwar in hohem Umfang vorhanden ist (s.o.), aber durchaus voraussetzungsreich ist: Menschen engagieren sich dann, wenn sie entsprechende Rahmenbedingungen vorfinden. Rahmenbedingungen, die von Einführung, Fortbildung und Begleitung bis zu tatsächlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten reichen. All das aber fällt nicht vom Himmel. Sprich: es geht um eine aktive Engagementförderung, die es nicht umsonst gibt.

Bürgergesellschaft bedeutet also keinen beliebigen Verschiebeparkplatz von Verantwortlichkeiten, sondern die Suche nach neuen Verantwortungspartnerschaften für die Lösung drängender gesellschaftlicher Aufgaben! Die Leitfrage der Bürgergesellschaft lautet: Wie können Staat, Wirtschaft, die großen Verbände des Dritten Sektors und engagierte BürgerInnen so zusammenwirken, dass tragfähige Lösungen zustande kommen? Die BürgerInnen spielen dabei mit ihrem freiwilligen Engagement eine zentrale, unverzichtbare Rolle, aber sie spielen kein Solo! Es geht vielmehr um die Kombination von Beiträgen aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Fachbegriffe, die hier genannt werden können, sind Wohlfahrts-Mix oder Ko-Produktion. Ob Pflege, Kinderbetreuung, interkulturelles Zusammenleben, Betreuung von Demenzkranken, Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, aber auch Betrieb öffentlicher Infrastruktureinrichtungen wie Bäder oder Bibliotheken: Unter dem Leitbild der Bürgergesellschaft werden all diese Aufgaben weder „privatisiert“ (also an die Einzelnen und ihre Familien verwiesen – nach dem Motto: „Darum muss sich jeder selbst kümmern!“) noch „verstaatlicht“ (Lösung über Gesetze und Geldtransfers – nach dem Motto: „Wozu haben wir die ganzen Einrichtungen, die ich mit meinen Steuern mitfinanziere?!“) oder „ökonomisiert“ (also der Regelung durch den Markt anheim gegeben – nach dem Motto: „Wo eine Nachfrage ist, entsteht auch ein Angebot!“), sondern gewissermaßen „vergesellschaftet“: „Wie können wir das Problem gemeinsam möglichst optimal lösen?“.

(3)

Solche Verantwortungspartnerschaften, die nichts mit dem Abwälzen von Zuständigkeiten zu tun haben, brauchen nicht erst erfunden zu werden: in der Pflege, in der Kinderbetreuung, in der Betreuung von Demenzkranken, im Betrieb öffentlicher Infrastruktureinrichtungen wie Bäder oder Bibliotheken, aber auch in der Behindertenarbeit gibt es längst überzeugende „Prototypen“. Aber sie müssen dringend „in Serie“ gehen! Viele praktische Beispiele zeigen, dass eine solche „gemischte Wohlfahrtsproduktion“ nicht nur gelingen kann, sondern im Ergebnis zu Lösungen führt, die der Staat, der Markt oder die BürgerInnen jeweils für sich genommen so nie hätten erreichen können. Es kann kaum ein Zweifel bestehen, dass diesem Weg die Zukunft gehört.

Nicht unerwähnt bleiben darf, dass solche „Wohlfahrtsmixturen“ in einer Bürgergesellschaft nicht von der einen Seite (z.B. dem Staat) der anderen (z.B. den BürgerInnen) zugeschoben werden dürfen: Sie müssen gemeinsam in transparenter und demokratischer Weise ausgehandelt werden.

(4)

Dem Studienbereich Sozialwesen der Berufsakademie Stuttgart ist es wichtig, dass künftige SozialarbeiterInnen nicht nur in der Lage sind, *selbst* bestimmter Aufgaben fachlich angemessen zu übernehmen bzw. bestimmte Dienstleistungen professionell zu erbringen, sondern ebenso über die Kompetenz verfügen, *andere* (z.B. engagementbereite BürgerInnen) professionell zu unterstützen, ihrerseits bestimmte Aufgaben zu übernehmen. Deshalb wird am Studienbereich seit vier Jahren eine „Vertiefungsrichtung Bürgerschaftliches Engagement“ angeboten.

Kontakt

Prof. Paul-Stefan Roß

Berufsakademie Stuttgart / Studienbereich Sozialwesen

Leiter Studiengang „Soziale Dienste in der Jugend-, Familien und Sozialhilfe“ / Vertiefungsrichtung „Bürgerschaftliches Engagement“

Herdweg 29/31

70174 Stuttgart

Tel.: 0711/1849-727 (Fax: -735)

ross@ba-stuttgart.de

Postanschrift:

Postfach 10 05 63

70004 Stuttgart

1

Konkretisiert an Beispielen aus der Jugendarbeit:

Wenn Kinder und Jugendliche in ihrer Freizeit an einer kirchlichen Pfadfindergruppe teilnehmen oder im örtlichen Sportverein Handball spielen, so kann man sicher mit guten Gründen sagen: „Gut, dass sie hier aktiv sind, statt daheim allein vorm Fernseher zu sitzen oder einfach irgendwo in der Stadt abzuhängen!“. Ob in der kirchlichen, der sportlichen, politischen, kulturell-musischen, ökologischen oder offenen Jugendarbeit – junge Menschen können hier persönliche, soziale und organisatorische, aber auch ethische Kompetenzen erwerben, die es „nirgends zu kaufen“ gibt.

Auf der anderen Seite würde man die, die Handball spielen, im Chor singen oder Mitglied bei den Pfadfindern sind, nicht unbedingt als „Ehrenamtliche“ bezeichnen. Dieser Begriff trifft jedoch auf diejenigen zu, die über das Mitmachen hinaus - auf Dauer oder kurzfristig - eine Aufgabe in Verein oder Verband übernehmen: Als Gruppenleiter, Trainerin, im Vorstand, bei der Durchführung einer Freizeit usw. Ob diese Menschen sich dabei als „Ehrenamtliche“, „Freiwillige“ oder wie auch immer bezeichnen, hängt von ihrer eigenen Sichtweise oder der Tradition ihres Verbandes ab.

Diese Ehrenamtlichen setzen sich zunächst für den Zweck ihres Verbandes oder Vereins ein: Für guten Handball, für spannende Gruppenstunden, für gelungene Musikaufführungen, für erfolgreiche Projekte im Umweltschutz. Und so soll es auch sein. Wenn nun diese Ehrenamtlichen wahrnehmen, dass in dem Stadtteil, in dem sie mit ihrem Verein verankert sind, eine zunehmende Zahl von Jugendlichen ohne nennenswerte Perspektive auf der Straße hängt; wenn sie darüber hinaus auf den Gedanken kommen, Sport, Musik oder Ferienfreizeiten zu nutzen, um solchen Jugendlichen sinnvolle Betätigungsmöglichkeiten, neue Lernfelder und neue Netzwerke zu bieten; und wenn sie diesen Gedanken auch in die Tat umsetzen – genau dann sind sie bürgerschaftlich engagiert! Über ihre privaten Aktivitäten und über ihre Gruppen- bzw. Vereinarbeit leisten sie einen Beitrag für ein Gemeinwesen, das auch „schwierigen“ Jugendlichen Teilhabemöglichkeiten eröffnet.